

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 23.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro Bogen 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 20. Oktober 1906.

Verlag: A. Bohrborg, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Frey, Hannover, Münzstraße 5, II.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. U. H. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

## Zur Frage der Organisation der Landarbeiter.

Von Nelson.

Unter den Beschlüssen des 8. Verbandstages dürfte der Beschluß über die Resolution Biez — die mit 45 Stimmen von 104 anwesenden Verbandsvertretern als angenommen erachtet wird — einer der bedeutungsvollsten sein. Er stellt durch die Einführung von verschiedenen Beiträgen und die sonst zu treffenden Maßnahmen, welche am Schlusse dieser Ausführungen noch besprochen werden sollen, die Verbandsleitung vor eine Aufgabe, deren Umfang bei der Abstimmung kaum ermogen werden konnte.

Wenn es daher ohne Zweifel zweckmäßiger gewesen wäre, den zwischen den Resolutionen Biez und Biez vermittelnden Antrag Streb anzunehmen, so hat man sich jetzt mit der Tatsache abzufinden.

In den Kreisen der Verbandsmitglieder — und darüber weit hinaus — ist man sich über die „Landarbeiterfrage“ keineswegs klar. Und ob diejenigen unserer Freunde, welche die Organisierung der Landarbeiter rasch und umfangreich für möglich halten, einigermassen die Organisationsmöglichkeiten erwogen haben, kann dahingestellt bleiben.

Es ist durchaus ungenügend, die überaus traurige Lage der Landarbeiter zu schildern; die Besprechung der unumstößlich langen Arbeitszeit, der schlechten Wohnungen, der ungenügenden Nahrung, des Mangels an gesundheitlicher Fürsorge u. d. d. m., das alles allein kann keine hinreichende Klärung geben, es muß tiefer in das Leben und Wirken der Landarbeiter eingedrungen werden, um die Maßnahmen ergreifen zu können, welche eine nach den Grundsätzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung gestaltete Organisation der Proletarier der Landwirtschaft ermöglichen und erhalten können.

Die Arbeitsverfassungen, die ländlichen Arbeiterverhältnisse in den einzelnen Teilen des Deutschen Reiches sind grundverschieden, und es erscheint daher zunächst unerlässlich, durch eine Besprechung derselben Aufklärung zu verschaffen. Dabei ist die Literatur über diese Frage nicht besonders umfangreich und noch weniger öffentlich bekannt geworden, da nur ein kleiner Teil von Personen diese verfolgt.

Während sich z. B. Ed. David in seinem Band I „Sozialismus und Landwirtschaft“ mit der Prüfung eingehend beschäftigt, ob es möglich sei, den landwirtschaftlichen Arbeiter oder Kleinbauer für den Sozialismus zu gewinnen, ist die Möglichkeit der Gewinnung des Landarbeiters für die Gewerkschaftsbewegung kurz gestreift. Immerhin sind seine Ausführungen besonders im Artikel V auch für die gewerkschaftliche Agitation von lehrreicher Bedeutung. Ebenso seine Schrift: „Ergebnisse der Fragebogen-erhebung über die ländlichen Arbeiterverhältnisse Süddeutschlands“. Wir finden weitere Broschüren über „Hofgängerleben in Mecklenburg, Selbsterlebtes und Selbstersehantes von einem Berliner Arbeitslosen, mit einem Vorwort von August Bebel“, u. a. m. Der Verein für Sozialpolitik hat im Jahre 1895 eine eingehende Erhebung über die Lage der Arbeiter in der Landwirtschaft veranstaltet. Das Ergebnis dieser Erhebung ist, von Runo von Frankenstein bearbeitet, in R. Heymanns Verlag, Berlin, erschienen und aus diesen Schilderungen wollen wir ein Bild der ländlichen Arbeiterverhältnisse zusammenhängend in einem weiteren Artikel geben.

Zunächst jedoch sehen wir uns die Zahlen der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen an.

Wollen wir die für die Gewerkschaftsorganisation zu rechnende Anzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen feststellen, so können wir nur mit den unselbständigen Personen rechnen, und auch diese werden nicht alle als organisationsfähig erachtet werden können.

In dem von H. Sundermann verfaßten Werk: „Der landwirtschaftliche Arbeitsnachweis“ (Schriften der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereine 1904, Seite 38 bis 46) werden die Arbeitskräfte der Landwirtschaft besonders eingehend besprochen.

In einer Tabelle werden für 35 Regierungsbezirke des Königreichs Preußen die Familienangehörigen der Landwirte, Gehilfen und freien Arbeiter getrennt aufgeführt, und zwar unter Angabe mit und ohne landwirtschaftlichen Betrieb.

Darnach sind in Preußen nach der Berufszählung von 1895 in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen:

Gehilfen: Knechte und Mägde mit Land	52 569	oder 2,3 Proz.
Tagelöhner mit eigenem oder gepachtetem Land	241 571	10,6
Tagelöhner mit Deputatland	231 592	10,2
525 732 oder 23,1 Proz.		
Gehilfen ohne Land	841 652	37,3
Tagelöhner ohne Land	889 170	39,6

insgesamt 2 256 554 od. 100,0 Proz. der unselbständig in der Landwirtschaft beschäftigten Personen.

Im übrigen Deutschland, für welches der Verfasser eine solche Zusammenstellung mangels der nötigen Unterlagen nicht geben konnte, sind

Arbeiter mit eigenem oder gepachtetem Land	141 301
Arbeiter mit Deputatland	25 190
166 491	
Arbeiter ohne Land	299 348
Gehilfen (Knechte oder Mägde, ob mit oder ohne Land)	824 664
1 290 503	
Im Deutschen Reich außer Preußen	1 290 503
In Preußen wie oben	2 256 554

Mit hin unselbständige, hauptberuflich in der Landwirtschaft tätige Personen 3 547 057

Naturngemäß ist die Anzahl der beschäftigten Personen im Sommer bedeutend größer.

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission, 9. Jahrgang Nr. 33, Tabelle 1, wird die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft auf 5 627 853, und zwar 3 239 683 Männer und 2 388 170 Weiber, angegeben. Vermutlich sind die Familienangehörigen der Unternehmer mitgezählt, welche hier nicht in Betracht kommen, auch sind 135 175 beschäftigte Kinder in diesen Zahlen eingeschlossen.

Für die Organisation kommen auch nicht in Frage die große Anzahl der ausländischen Arbeiter — russische, galizische, südbanatische, italienische Feldarbeiter —, die massenweise nach Deutschland importiert werden. So wird unterm 1. September 1906 von Breslau geschrieben, daß der Selbstarbeiter-Zentrale die Genehmigung zur Anwerbung russischer Arbeiter in beliebigen Orten Russisch-Polens erteilt wurde, man scheint also die Anwerbung noch in größerem Maße als bisher betreiben zu wollen.

## Von der geschädigten deutschen Industrie.

Nun haben die Scharfmacher wieder willkommene Gelegenheit, von der Schädigung der deutschen Industrie durch die nimmerjahren, streiklustigen Arbeiter zu heulmeiern! Schwarz auf weiß ist es nun bewiesen, durch Zahlen bewiesen, was für jedermann längst ein offenes Geheimnis war, nämlich: daß das Wirtschaftsjahr 1905 Streiks und Aussperrungen gezeitigt habe, wie nie ein Jahr zuvor. Die amtliche Streikstatistik, die unlängst veröffentlicht wurde, gestattet uns einen interessanten Einblick. Zwar kollidiert sie bekanntlich oft nicht unerheblich mit der von den Gewerkschaften aufgenommenen, durch die Generalkommission veröffentlichten, aber sie hat trotzdem zur allgemeinen Beurteilung des Wirtschaftsjahres 1905 und seiner gewerkschaftlichen Kämpfe bleibenden Wert.

Deshalb nehmen wir, weil das darin enthaltene Material riesig interessant ist, einige Zahlen vorweg, um daran zugleich einige Betrachtungen zu knüpfen, ob denn wirklich der Arbeiter die günstige Konjunktur in dem Maße ausgenutzt hat, wie ihm das als Staatsbürger sowohl wie auch in seiner Eigenschaft als Haupterzeuger aller Werte zustand, und ob denn wirklich die deutsche Industrie durch diese Streiks bedroht ist.

Das Faktum, das für jedermann augenscheinlich war, wird durch die Ermittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes bewiesen. Das Jahr 1905 hat die Höchstziffer in der Streikstatistik erreicht. 2448 Streiks (1904: 1908) fanden im Jahre 1905 statt, von denen 42 vom Vorjahre mit übernommen wurden. Einen Vergleich zu den vier Vorjahren zeigt uns nachstehende kleine Tabelle:

Jahr	Beendete Streiks	Betroffene Betriebe	Streikende Arbeiter		Gezwungen feiernde Arbeiter
			absolute Zahl	in Prozent der in den betroffenen Betrieben Beschäftigt.	
1901	1056	4 561	55 262	39,1	7 420
1902	1060	3 437	53 912	41,1	6 272
1903	1374	7 000	85 603	43,1	13 811
1904	1870	10 321	113 480	41,5	6 788
1905	2403	14 451	408 145	52,5	12 015

Aus dieser Tabelle ist nicht allein ersichtlich, daß die Zahl der Streiks und die Zahl der betroffenen Betriebe erheblich zugenommen haben, sondern — was wichtiger ist — die Zahl der streikenden Arbeiter und der Prozentsatz der am Streik Beteiligten. Dazu befriedigend ist übrigens, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, die Feststellung, daß 52 1/2 Prozent, also nur etwas über die Hälfte der in den bestreikten Betrieben beschäftigten Arbeiter am Streik teilnahmen, noch lange nicht. Diese Zahl redet leider noch eine sehr deutliche Sprache von der Uneinigkeit der deutschen Arbeiter.

Von den 2403 im Jahre 1905 beendeten Streiks waren 2212 (im Jahre 1904: 1638) Angriffsstreiks und 191 (im Jahre 1904: 232) Abwehrstreiks. Aus diesen Zahlen spricht nicht allein die steigende Macht der deutschen Gewerkschaften — und absolut kein Ruhebedürfnis —, sondern ein starkes Streben, wirtschaftliche Verbesserungen für die Arbeiter zu erlangen, wozu die überaus günstige Geschäftskonjunktur wesentlich mithalf.

In den 14 481 während des Jahres 1905 von Arbeitseinstellungen betroffenen Betrieben waren bei Ausbruch des Streiks 776 984 Arbeiter beschäftigt, darunter 121 382 im Alter unter 21 Jahren. 3665 Betriebe wurden durch Streik zu völligem Stillstand gebracht. Völligen Erfolg hatten 22,0 Prozent, teilweisen Erfolg 40,4 Prozent und keinen Erfolg hatten 37,6 Prozent. Die Statistik enthält auch einen Vergleich des Verlaufs der Streiks in dem Berichtsjahre zu dem Vorjahre, woraus ersichtlich ist, daß die Zahl der mit Erfolg beendeten Streiks gestiegen ist. Darin dokumentiert sich unzweifelhaft die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation und die bessere Disziplin der deutschen Arbeiter.

Auch die von den Arbeitgebern über die Arbeiter verhängten Aussperrungen haben zugenommen. Im Jahre 1905 fanden 263 (1904: 132) Aussperrungen statt. Durch die Aussperrungen wurden 3739 Arbeiter gezwungen, mitzufeiern. In 193 Fällen erfolgte die Aussperrung lediglich zu dem Zwecke, anderen Unternehmern zu Hilfe zu kommen, in 188 Fällen geschah sie auf Betreiben von Unternehmerverbänden.

Das Gesamtergebnis, daß in 18 340 Betrieben 526 810 Arbeiter infolge von Streiks und Aussperrungen gefeiert haben, zwingt der „Deutschen Arbeits-Ztg.“ folgenden Stoßseufzer ab:

„Das Gesamtergebnis ist, daß in 18 340 Betrieben 526 810 Arbeiter infolge von Streiks und Aussperrungen gefeiert haben. Welchen Verlust das bedeutet, wird jedem klar sein. Mein der Streik im Ruhegebiet verursachte den Arbeitern einen Verlust von mehr als 20 Millionen Mark. Die durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hervorgerufenen Streiks erweisen sich nachgerade als eine schädliche Epidemie wie menschliche Krankheiten, und gefährden die gesamte deutsche Volkswirtschaft, mehr als Ungunst der Bitterung, Pflanzenschädlinge und Viehsuchen die Landwirtschaft schädigen. In den neunziger Jahren hatte die deutsche Landwirtschaft in einem Jahre einen nachweisbaren Verlust von 60 Millionen Mark zu beklagen. Welchen Verlust erlitten aber wohl die deutsche Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im vergangenen Jahre durch die Streikepidemie? Jedenfalls war dieser Verlust unvergleichlich größer.“

Seit seinem Bestehen ist das genannte Scharfmacherblatt mit heißem Bemühen daran, jeden Fortschritt der Arbeiterbewegung, respektive jede kleinste Arbeitsverbesserung als eine Schädigung der deutschen Industrie zu deklarieren. Seit den Tagen, wo der edle Freiherr von Reibitz in seiner Caanny-Broschüre den Nachweis zu führen suchte, daß die englische Industrie ihren hervorragenden Platz auf dem internationalen Weltmarkt verloren hat, weil die Trade-Unions, die englischen Gewerkschaften, die Löhne zu hoch geschoben haben, vergeht kaum ein Tag, wo nicht dem deutschen Publikum eindringlich nachzuweisen versucht wird, daß dieselbe Gefahr der deutschen Industrie droht, wenn sich nicht Unternehmer, Staat und Gesetzgeber gegen die andrängende Flut der deutschen Arbeiterbewegung zu schützen wüßten. Seitdem ist manches Bäcklein den Berg heruntergerollt, die Gewerkschaften haben vermöge ihrer zunehmenden Macht und begünstigt von der guten Wirtschaftskonjunktur die Löhne höher zu treiben verstanden, und die deutsche Industrie — blüht und gedeiht wie nie zuvor und sie erhält täglich neue namhafte Aufträge. Schon damals, als die ominöse Broschüre erschien, war diesen Vaterlandsrättern — denn nur aus Patriotismus, um die deutsche Industrie und damit das deutsche Volk vom Verderben zu retten, lassen sie ihre Warnsignale ertönen — nachgewiesen, daß nicht die höheren Arbeitslöhne der englischen Arbeiter die englische Industrie auf dem Weltmarkt zurückgedrängt haben, sondern daß ganz andere Verhältnisse, kommerzieller und wirtschaftspolitischer Art, dies verschulden. Was könnten nun auch die im Verhältnis zum Preise der Ware gewiß äußerst gering zu beziehenden Erhöhungen durch die wenig gesteigerten Arbeitslöhne für einen gewichtigen Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrieprodukte ausüben! Das kann sicherlich kein vernünftig denkender Sozialpolitiker hoch und einflußreich einschätzen. Nein, die Ursache ist offenkundig eine andere. Mit der Schädigung der Industrie meinen die gequälten Scharfmacherherzen die Profitschmälerung der Kapitalisten.

Wie stehen denn aber in Wirklichkeit die Dinge? Hat der Arbeiter wirklich den ihm gebührenden Teil vom Nationalreichtum, der der deutschen Industrie in den Jahren guter Prosperität zufließt, erhalten? Nur einem kleinen Teile der deutschen Arbeiterschaft war es möglich, in schwerem Ringen sich ein wenig von dem zu nehmen, was dem deutschen Volke durch die gehobene Industrie zufließt. Nur dort, wo gute Gewerkschaftsorganisationen bestanden, konnten wenige Pfennige mehr Stundenlohn nach oft recht langem Streik mühsam errungen werden. Der größte Teil der Arbeiter-







feien und in Zukunft noch mehr beeinflusst sein werden. Wohl ist das letzte Jahr ein Prosperitätsjahr im deutschen Wirtschaftsleben gewesen, wohl hätten die Löhne der Arbeiter etwas angezogen, aber dieser Vorteil ist doppelt und dreifach durch die Steigerung der Lebens- und Genussmittelpreise wieder aufgehoben worden. Der Umsatz sei allerdings um 207 388 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen. Pro Mitglied entfiel ein Durchschnittsverdienst im Jahre 1904 von 229,70 Mark, im Jahre 1905 von 241,30 Mk. und im Jahre 1906 von 273 Mk. Aber der Warenumfang ist deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumvereinen bei seinem Umsatz bezahlt hat, hat es nicht mehr Waren dafür bekommen, als im Vorjahre.

Fast alle Konsumartikel hätten im Preise bedeutend angezogen. Daraus erklärt es sich, daß der Umsatz in den Spezial (Schuh- und Schnittwaren) Geschäften sich vermindert habe. Mäße der Arbeiter für seine notwendigen Lebensmittel um so viel mehr als bisher bezahlten, dann ist er gezwungen, beim Kauf von Wäsche und sonstigen Velleidungsmitteln zurückzuhalten.

Rum Beweise für die Preissteigerung, die die notwendigen Lebensmittel erfahren haben, folgendes: die Kartoffelernte sei in diesem Jahre 12 Millionen Tonnen höher als im Vorjahre. Trotzdem stehen die Kartoffelpreise jetzt oft 25 und 30 Prozent höher. Auch die Roggen- und Weizenpreise sei keine ungünstige gewesen, aber der Preis des Kornes ist ganz unverhältnismäßig gestiegen. Roggen notierte an der Leipziger Börse im Juni 1904: 131 Mark, 1905: 158 Mark, 1906: 168 Mark und jetzt 172 Mark. Der neue Vollertrag bringt allein für Roggen einen Aufschlag von 43 Prozent. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Kornpreis weiter steigen wird, ist der Konsumverein gezwungen, die Brotpreise zu erhöhen. Ebenso exorbitant haben die Preise für Hülsenfrüchte, Gerste und Schmalz angezogen. Die Linsen steigen gar derart im Preise, daß sie aus einem Nahrungsmittel zu einem Genussmittel werden müssen. Trotzdem die Qualität schlechter sei als in den Vorjahren, sei der Einkaufspreis für Linsen jetzt genau so hoch, als sonst der Verkaufspreis.

Vor allem sei aber der Fleischkonsum ganz bedeutend gefallen. Auf dem Leipziger Schlachthofe wurden im Jahre 1906 14 876 Stück Vieh weniger aufgetrieben, und dabei ist der Viehantrieb schon im Jahre 1905 um 10 428 Stück zurückgegangen. Kein Wunder, wenn dabei die Viehpreise totallos gestiegen sind.

Es betrug der Preis im August

	für Ochsen	Rinder	Schafe	Schweine
1904	75 Mk.	49 Mk.	38 Mk.	56 Mk.
1905	84	55	42	72
1906	92	60	44	78

Bei solchen Fleischpreisen müssen allerdings die Arbeiter unfreiwillig zu Vegetariern werden.

Da der Butterpreis auf 117 Mk. gegen 112 Mk. im Jahre 1904 gestiegen ist, steigt zwar der Konsum, aber auch der Preis der Margarine. Den allerhöchsten Preisaufschlag haben aber Mandeln und Rosinen erfahren, da allein der Vollertrag 200 Prozent beträgt. Der Preis wird zu Weihnachten eine derartige Höhe erreicht haben, daß die Hausfrauen beim Kuchenbacken auf Mandeln und Rosinen werden verzichten müssen.

Diese Teuerungen, fähre der Geschäftsführer des Konsumvereins aus, sind nicht durch Mängel, sondern durch die Handels- und Geldpolitik des Deutschen Reiches gekommen. Und diese Teuerung werde leider auch noch für die Zukunft anhalten.

## Soziale Rundschau.

**Frauen im französischen Staatsdienst.** In Deutschland stehen die Behörden in der Regel der Verwendung weiblicher Angestellter nicht sehr sympathisch gegenüber, und besonders werden verheiratete weibliche Angestellte in fast allen Zweigen der Verwaltung nicht geduldet. Eine Bekehrin muß, wenn sie sich verheiratet, ihre Stellung aufgeben. Ganz anders liegen die Dinge in Frankreich, wo die Frau im weitesten Umfange im Unterrichtswesen und im geschäftlichen Leben als Angestellte zugelassen wird und auch im Falle der Verheiratung ihre Stelle ruhig behalten darf. Auf allen Gebieten wird eine weitgehende Rücksicht auf das Familienleben genommen, und es ist ein durchaus typischer Fall, daß der Dorfschullehrer und seine Frau nebeneinander unterrichten, indem er die Knaben, sie die Mädchen unterrichtet. Der Fall, daß ein Ehepaar durch Versetzung nach verschiedenen Orten auseinandergerissen wird, dürfte so gut wie nie vorkommen. Auch auf dem Gebiete des Postwesens sind weibliche Beamtinnen in großer Anzahl in Funktion, und die Postbehörde sucht ihnen nach Möglichkeit entgegenzukommen. So wird zum Beispiel jetzt in Lyon ein großes neues Postamt errichtet, in dem im Zwischenstadium vorgeesehen sind, die für die weiblichen Angestellten zum Ausruhen dienen sollen. Daneben befindet sich ein Zimmer, in dem ein Kindergarten für die Kinder der Angestellten eingerichtet ist. Es ist bemerkenswert, wie seit einigen Jahren in Frankreich die soziale Fürsorge außerordentlich rege ist. Die Sonntagstraße ist jetzt da, und die Arbeiter- und Invalidenversicherung wird wohl trotz aller gegenteiligen Prophezeiungen auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

**Sehn Millionen Darbender in England.** Der Präsident der Trade-Union, Mr. Lloyd George, hielt eine bedeutungsvolle Rede über die sozialen Verhältnisse Englands. Er tagiert die Zahl der Unterernährten auf 10 Millionen Personen; die Gründe für diese erschreckende Tatsache sucht er in dem verkehrten System, welches das offene Land dem Reichen als Vergnügungsort reserviert, sobald es dem Armen unmöglich ist, Land zu kaufen und zu bebauen. Ein weiterer Grund liegt an dem industriellen Gebiet, da die Löhne für die geleistete Arbeit zu gering sind, da oft Arbeitslosigkeit herrscht und da die Arbeit im Laufe des Jahres ungleich verteilt wird. Dazu kommen noch Ursachen rein menschlicher Art, Erkrankungen, Laster, Trinken und Spielen, Arbeitsunfähigkeit und dergleichen. Ein weiterer Grund ist der, daß der Staat die Lage seiner Armen erschwert, statt sie zu erleichtern. Er läßt Tausende seiner Kinder in Lumpen durch die Straßen gehen und verpufft dagegen Unsummen im Kriege gegen einen alten Bauern, der dazu noch 7000 Meilen weit weg gewohnt hat. Die Rückschlüsse nach diesem Krieg haben besonders für die Armen noch auf Jahre hinaus den verhängnisvollsten Einfluß.

**Wie man in Berlin eine Million verdient.** Vor etwa einem Jahr trat die Asinger-Gesellschaft mit dem Besitzer des Grundstückes Leipzigerplatz 3, dessen Beschaffenheit jetzt zu hauptsächlichem Eingriffen geführt hat, wegen Ankaufs in Unterhandlung. Die Gesellschaft wollte den geforderten Preis von 450 000 Mk. für das 20 Quadrat-ruten große Grundstück anfangs nicht zahlen. Als sie schließlich dazu bereit war, mußte sie erfahren, daß in der kurzen Zeit der Wert des Gebäudes um 200 000 Mk. auf 650 000 Mark gestiegen sei. Diese Steigerung wollte die Asinger-Gesellschaft nicht anerkennen; als sie jedoch nach einigen Monaten sich geneigt zeigte, auf Grund des geforderten

Preises von 650 000 Mk. mit dem Besitzer des Grundstückes Leipzigerplatz 3 zu unterhandeln, wurde plötzlich der Verkaufspreis auf 850 000 Mk. erhöht. Wiederum kamen die Verhandlungen ins Stocken, doch als nach kurzer Frist der Ankauf des Grundstücks zu diesem Preise beschlossen wurde, sollte das Haus, dessen wirtlicher Wert nach der amtlichen Grund- und Bodenliste 250 000 Mk. beträgt, eine Million Mark kosten. Unter diesen Umständen hat die Asinger-Gesellschaft endgültig auf den Erwerb des Grundstückes verzichtet. Für eine haufällige Wude eine Million Mark. Hat sich in diesem Falle das Geschäft zerfallen, so werden ähnliche Abschlüsse doch oft genug in Berlin gemacht.

## Vom sozialen Kampfplatze.

**Der Streit in der Britten-Fabrik Stettin-Bohlow** ist nach 7 Wochen noch nicht beendet. Die Lohnfrage selbst ist bisher bei den Verhandlungen überhaupt nicht berührt worden. Der Unternehmer stellt ein Ansuchen an die Arbeiter, das ein jeder ohne weiteres mit Unterschiebenheit zurückweisen muß. Die Kollegen stehen deshalb auch nach wie vor fest und geschlossen. Die Ursache zur ArbeitsEinstellung ist nicht, wie gewöhnlich in Unternehmerteilen erklärt wird, auf das unverschämte und brutale Vorgehen der Arbeiter zurückzuführen, sondern diese nette Eigenschaft war wirklich einmal hier bei dem Unternehmer zu finden. Die Arbeiter hatten schon im April 3. versucht, durch einen 6 Tage dauernden Streik die Lohnverhältnisse zu verbessern, das gelang ihnen auch zum Teil. Die Kollegen waren, weil die Organisationsverhältnisse noch zu wünschen übrig ließen, mit dem Erreichten zufrieden. Im Laufe des Sommers belam die Betriebsleitung Kenntnis davon, daß die Arbeiter alle organisiert waren und daß eventuell zu gelegener Zeit vielleicht etwas unternommen werden könnte, das sollte aber verhindert werden. Die Arbeiter selbst waren sich wohl darin einig, daß es besser für sie sei, wenn sie auf längere Zeit einen Tarifabschluß herbeiführten, sie hielten aber die Zeit noch nicht für gekommen. Man dachte nicht im entferntesten daran, jetzt Forderungen einzureichen. Auf einmal kommt der Betriebsleiter Herr Schäfer und stellt der Bohlowkommission, die in dem Betriebe den Arbeiterausschuß vertrat, anheim, einen Tarif auf längere Zeit abzuschließen. Die Kommission nahm im Auftrage ihrer Kollegen den Vorschlag an, erklärte Herrn Schäfer aber, daß sie die alten bestehenden Bedingungen dann erst noch revidieren müßten, auf Grund der bestehenden könnten sie sich darauf nicht einlassen. Das wurde ihnen ohne weiteres gewährt. Als nun aber die neuen Forderungen einreicht wurden und die Verhandlungen im Beisein des Organisationsvertreters, um eine bessere Garantie für die Innehaltung der vereinbarten Bedingungen zu haben, stattfinden sollten, erklärte der Herr Direktor Müller: „Ja, wissen Sie, Herr Veder, so weit bin ich noch nicht, daß ich fremde Personen zulasse, wenn ich mit meinen Arbeitern etwas zu regeln habe.“ Die Kollegen hatten beschlossen, daß der Kollege Veder an den Verhandlungen teilnehmen solle. Es war nun erforderlich, daß die Kollegen sich erklärten, ob sie in die Ausgestaltung Veders bei den Verhandlungen einwilligen. Als dieser Beschluß von dem Kollegen Ruhn dem Herrn Direktor überbracht wurde, da sagte Herr Müller, wozu brauchen wir da auf der Fabrik einen Verband, wir können ja unter uns einen Verband gründen und dann können wir doch alles viel besser regeln, es ist ein viel besseres Zusammenarbeiten, und dieser Verband habe doch gar keinen Zweck für sie. Daß der Kollege ein solches Ansuchen ablehnte, versteht sich von selbst. Der Beschluß, mit dem Organisationsvertreter zu verhandeln, wurde aufgehoben und dann wiederholt seitens der Kommission wegen Verhandlungen angefragt. Dieser wurde schließlich von der Betriebsleitung erklärt: „Wenn es euch nicht mehr gefällt, dann macht, daß ihr vom Hofe kommt!“

Ueber diese Behandlung der Kommission waren die Arbeiter empört, es erfolgte die Arbeitsunterbrechung, die leider nicht mehr von der Organisation verhindert werden konnte. Im Laufe der Zeit ist zu wiederholten Malen von Veder angefragt worden wegen Verhandeln. Es wurde ihm dann stets geantwortet, er (Herr Müller) sei für die Kommission jederzeit zu sprechen. Diese erhielt dann aber stets zur Antwort: Wenn ihr aus der Organisation austretet und einer christlichen Organisation beitreten, die Arbeit wieder aufnehmen und ich mir diejenigen, welche ich nachher beschäftigen will, auswählen kann, dann werde ich nachher sehen, was ich machen lasse.“ Ein derartiges schimpfliches Verlangen wurde zurückgewiesen. Um die Verhandlungen in anderer Richtung zu lenken, ist unsererseits das Gewerkegericht Random als Einigungsamt angerufen worden. Daß alles nur Erdnüllige angeboten wird, Arbeitswillige heranzuziehen und die Arbeiter zu provozieren, ist klar. Agenten sind an allen Ecken und Enden Deutschlands auf der Suche. Berlin, Bsp., Helfenkirchen dienen ihnen als Hauptverbreitungsstellen. Leider haben sich auch eine Anzahl solcher Elemente betreten lassen, ihren Arbeitsbrüder in den Kläden zu fallen. Daß diesen alles mögliche vorgebetet wird, ist uns von Arbeitswilligen, welche Stettin wieder verlassen haben, berichtet worden. Diese Arbeitswilligen sind auf der Fabrik in einem Schuppen, der als Lager für Britten gebaut wurde, untergebracht. Wie uns berichtet wurde, sollen sich schon allenthalben Besseres eingekauft haben. Die Gewerbeinspektion ist auf die Zustände hingewiesen worden. Bezeichnend ist es, daß bisher nicht ein einziger von den 20 Gewerkschaften, die auf der Fabrik stationiert sind, für Hilfeleistung geistert hat. Welchen Zweck diese Beamten auf der Fabrik erfüllen sollen, ist uns bis jetzt unverständlich geblieben. Daß kein Arbeitswilliger von der Fabrik wegschwinden kann, dafür sorgt die Strompolizei bei Tag und Nacht mit einem ständig unter Dampf liegenden Polizeischiff. Zum Schutz der Arbeitswilligen ist ein derartiges Polizeiauspost nicht notwendig, die Streitenden sehen sich vor, daß sie nicht mit den Arbeitswilligen in Berührung kommen. Ein Fall muß erwähnt werden: Der Arbeitswillige Gustav Käpfer aus Burg hat zwei Tage gearbeitet, sah dann wohl ein, daß er nicht recht handle gegen seine Arbeitskollegen und verlangte seine Papiere. Lohn wurde ihm nicht ausgezahlt, wohl aber wurde ihm erklärt, daß er zu seiner Arbeitsleistung in 2 Tagen 90 Pf. hinzuzuzahlen habe. Die Kollegen allerorten werden erjucht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Zug nach Stettin fernzuhalten, damit das Verlangen des Unternehmers „Stebenlohn“ und seiner Helfershelfer, die Organisation zu zertrümmern, zu schanden wird und der Sieg sich an unsere Fahnen heftet. Kollegen allerorten, wachet die Solidarität! Hoch die Organisation!

**Hannover.** Ein Streit ist auf der Zellulosewarenfabrik des Herrn Hunaus ausgebrochen, der infolged eine Verschärfung erfahren, als Herr Dr. Hunaus es abgelehnt hat, mit dem Vertreter des Verbandes zu verhandeln. Der Streit ist auf Beschluß der am Streik Beteiligten am 12. Oktober beendet worden.

**Kaiserslautern.** Der Streit im Eisenwerk dauert nun schon 7 Wochen, ohne daß er bis jetzt zu einem Ergebnis geführt hätte. Beide Teile stehen sich hartnäckig gegenüber, die Arbeiter um eine 10prozentige Lohnzulage ringend, die bei den heutigen Lebensmittelpreisen und den Wohnmieten als noch zu minimal genannt werden müßten, die Direktion den Prognostikpunkt vertretend, daß die Arbeiter bedingungslos die Arbeit aufzunehmen haben, da es ja am dreimal heiligen Geldsack abgeht. Arbeitswillige hat die Firma erhalten in Gestalt der Ingenieure und Techniker. Diese Proletarier in Strichtragen und Manfcheten wollen es, höchstens, nicht begreifen, welche Rolle sie dabei spielen. Einem solchen Kaufweiser hat es vergangene Woche den Fuß entweißt geschlagen, die Verletzungen, die andere davontragen, sind gar nicht zu zählen. Auch einige Arbeiter können es nicht erwinden, ihren kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken zu fallen. So ist ein früherer Tagelöhner, der trotz seiner Krüppelhaftigkeit, da er keine Treppen steigen kann, zum Maschinenführer avancierte, der jetzt sogar 17 Meter hoch auf dem Gerüst arbeiten kann. Ein weiterer, der sein Leben als Vorzeichen fristete, der sich als ehrlicher Fleißer und Agitator des Anarchismus betennte, bringt es fertig, die Streikposten noch zu reizen, um sie zur Anzeige dringen

zu können. Sachverständiger Meinung wert. Auch ein Mitgl. händler brachte es fertig, dem unternehmer beizuspringen, und empfehlen wir ihn der Arbeiterschaft, ihn fleißig zu besuchen. Sonstige Kaufweiser haben sich wenige gefunden, es wird der Firma auch in Zukunft schwerlich gelingen, Ertrag zu finden. Selbst Italiener, die durch das Arbeitsamt Mey hierher geschickt wurden, verliehen gleich wieder die Stadt, nachdem sie die Ursachen erfahren. Nachdem jetzt die Firma für Straßenbauten in Mannheim und Mühlheim schon einige tausend Mark Konventionalscheine bezahlt hat, da die Arbeiten nicht fertiggestellt werden konnten, wird es an der Arbeiterschaft liegen, auszufallen bis zum letzten Augenblick. An allen Orten, an denen das Eisenwerk Kaiserslautern Arbeiten auszuführen hat, erjuchen wir die Kollegen, dafür zu sorgen, daß niemand dort Arbeit nimmt. Zugung ist streng fernzuhalten.

## Korrespondenzen.

**Bernburg a. S.** In der am 6. Oktober abgehaltenen Versammlung hielt Genosse M. Gantner einen Vortrag mit dem Thema: „Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Gewerkschaftsbewegung“. Redner führte in ausführlicher Weise aus, daß es noch sehr viele Gewerkschaftsmitglieder gibt, welche dem Konsumverein noch fernstehen und ihren Bedarf bei den Kleinrämern decken und infolgedessen sehr viel dazu beitragen, daß der Fortschritt des Konsumvereins dadurch gehemmt wird. In erster Linie wäre es doch wohl die erste Pflicht eines Gewerkschaftlers, wie der Redner hervorhob, daß derselbe dem Konsumverein angehöre, denn von einem Gewerkschaftler wird doch immer angenommen, daß derselbe aufrechter genug ist, um begriffen zu haben, daß wir mindestens gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich organisiert sein müssen, um zum Ziele zu gelangen. Von dem Vorstände wurde darauf der Beschluß gefaßt, in dem Sinne des Redners zu wirken, die Verbandsmitglieder, welche dem Konsumverein noch nicht angehören, wurden aufgefordert, der Genossenschaft beizutreten. Zum Schluß wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

**Osowig i. Anhalt.** Die Mitglieder des hiesigen Arbeiterverbandes leisten durch das Erzielen der Uralsbriefe das Unerschöpfliche. Vor dem Gewerkegericht bei einem Sühnetermin konnte das hier vor einiger Zeit festgestellt werden. Der Arbeiter Fr. mußte infolge eines Rundscheidens des Arbeitgeberverbandes in der Riegelei von Romanus ausfahren. (Fr. konnte noch Aufklärung der Sachlage bei Romanus wieder anfangen.) In dem betreffenden Schreiben war mitgeteilt, daß der Arbeiter Fr. die Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist verlassen hätte, demnach bis auf weiteres nicht eingestellt bezam, nicht beschäftigt werden dürfte. Der Arbeiter Fr. hatte sich in der Riegelei Fischer in Griebow bis 1. Oktober verpflichtet, zu arbeiten. Des anbauenden schlechten Wetters halber wurde dem Fr. andere Arbeit angewiesen, wobei demselben anheimgestellt wurde, wenn er keine Lust mehr habe, könne er aufhören, was letzterer auch tat. Herr Fischer handigte die Papiere aus, auch zahlte Herr Fischer den Lohn bis auf den letzten Pfennig, woraus doch zu entnehmen ist, daß der Arbeitgeber mit der Arbeitsunterbrechung einverstanden war. Trotzdem ließ Herr Fischer das Rundscheiden zurücktreten, den Fr. und noch zwei andere Arbeiter nicht einzustellen. Derartige Fälle sind des öfteren schon vorgekommen. Auch die Unorganisierten mögen aus den vorstehenden Zeilen ersehen, daß die Unternehmer keinen Unterschied kennen. Ob organisiert oder nicht, wer sich dem Kapitalismus nicht unterwirft, wird ohne Gnade dem Hungertode preisgegeben.

**Demitz.** Da unser Versammlungsort noch nicht wieder benutzt werden kann, verjuchten wir, für kurze Zeit ein anderes Versammlungsort zu bekommen. Wir lenkten unsere Schritte zu dem Gewerke August Timm, der im Besitze eines Lokales ist. Der Herr aber versagte es uns, in seinem Lokale Beratungen pflegen zu dürfen. Daraus haben die Kollegen die Folgerung zu ziehen, daß sie bei dem Herrn auch kein Glas Bier trinken dürfen. Denn, wenn wir nicht angenehm sind als Versammlungsbesucher, dann sind wir Arbeiter auch nicht angenehm als Gäste.

**Erfurt.** Am 2. Oktober, vormittags 11 Uhr, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall in der Hartmannschen Kiegelei, Betrieb Kotte. Der hier gebürtige Arbeiter O. Wöllner, der mit Aufhaken von Panflies beschäftigt war, wurde durch herabfallende Erdmassen verschüttet und dabei so verletzt, daß der Tod innerhalb 26 Minuten eintrat. Zwei Kollegen hatten den Verunglückten aus dem Sande befreit. Wenn auch der Verunglückte vom Sande nicht freigesprochen ist, so muß doch betont werden, in welcher geradezu mörderischen Weise dort gearbeitet wird. Unterhöhlen von Kiegebänken, noch dazu von Schachtmeistern, ist dort an der Tagesordnung. Nach Vorschritt wird die Kiegeleiwinnung nicht betrieben. Leider sind die Vorkrisen auch nicht ausgegähnt, ebenso fehlen Unterluntdäume und Aborte. Vor nicht langer Zeit wurde das Erjuchen an Herrn Kotte gestellt, für Unterluntdäume und Aborte zu sorgen, aber nichts ist geschehen. Es wird vielmehr Pflicht der Kollegen sein, sich zu organisieren, um durch die Organisation Abhilfe zu schaffen.

**Frankenthal.** Verslossene Woche tagte in Korbheim eine sehr gut besuchte Versammlung, in der die Genossin Baumann aus Hamburg über „Moderne Klassenkämpfe“ referierte. Rednerin ging in ihrem Referat hauptsächlich auf die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Leben ein und wies an der Hand von statistischem Material nach, wie sich die Frauen- und Kinderarbeit vom Tag zu Tag immer mehr und mehr vermehre; sie kritisierte die lange Arbeitszeit und die schlechte Bezahlung der Frau gegenüber dem Manne. Die Arbeiterinnen müßten dahin drängen, daß für gleiche Leistungen auch gleicher Lohn bezahlt werde. Nachdem noch Kollege Bernad auf die Landarbeiterfrage einging, die Lohn- und Wohnungsverhältnisse derselben besprach, und nachdem eine Anzahl von Kollegen und Kolleginnen aufgenommen worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. — Am Freitag fand dann eine sehr gut besuchte Versammlung mit derselben Referentin in Frankenthal statt. Hier lautete das Thema: „Die Stellung der Frau im Kampfe ums Dasein“. Zu einem 1 1/2stündigen Vortrag führte die Referentin den Kolleginnen mit drastischen Beispielen vor Augen, daß nur durch Zusammenfluß der Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Organisation bessere Arbeitsverhältnisse zu erringen sind. Es ließen sich auch hier eine Anzahl Kolleginnen in den Verband aufnehmen.

**Saale.** Am 30. September 1906 tagte eine lombinierte Sitzung bei Saale. Nach einleitenden Worten des Kollegen Wölfer besprach dann der Gauleiter Kollege Großmann das Thema über die Verschärfung der hiesigen mit den unliegenden Zustellen. Er geht zunächst auf die Entwicklung des Verbandes ein und erläutert in 1 1/2stündigen Ausführungen den Beschluß des Verbandstages, wonach Zahlstellen im Umfange von 15 Kilom. sich verschmelzen sollen, welche in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Versorgungsgebiete liegen. Gerade für Saale sei die Verschärfung eine Lebensfrage. Wenn man andere Großstädte gegen Saale in Bezug auf das Wachstum der Mitgliederzahl vergleiche, so stehe dies in gar keinem Verhältnis zu der in Saale vorhandenen Industrie. Erklärlich sei es, daß sämtliche Verwaltungsmittelglieder sich in abhängiger Stellung befinden und speziell wie Saale mit über 700 Mitgliedern nicht in dem Maße an die Agitation denken können, da dieselben mit den inneren Verwaltungsarbeiten beschäftigt sind. Aus all diesen Gründen heraus macht sich die Anstellung eines Geschäftsführers notwendig. Ebenso einleuchtend ist es, daß mit 30 Pf. Wochenbeitrag die Erwerbslosenunterstützung nicht bestreiten werden könnte, da außer den Lohnbewegungen ganz gewaltige Summen für kranke Mitglieder herausgegeben worden sind. Diese Summe würde sich noch verdoppeln, wenn, wie es heißt, nach den 7 fetten die 7 mageren Jahre folgen werden, alle durch die Entlassungen viele Kollegen als Arbeitslose die Landstraße bevölkern. Daher die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pf. Durch die Erhöhung des Sozialbeitrages von 5 Pf. pro Woche ist der Sekretariatsbeitrag in Wegfall gekommen. In der Diskussion sprachen sich die Vertreter von Nietleben für die Verschärfung aus, Rudowitz peridialisch dafür, aber sie seien beauftragt, dagegen zu stimmen. Ammendorf im Prinzip dafür, nur die Mitglieder wollten nicht. Bei der Abstimmung, die namentlich vorgenommen wurde, und sämtlichen Vertretern dafür, außer Ammendorf, welche angeblich nicht abstimmen zu können, bevor die Mitglieder befragt und eine



